

Abg. Herbrecht teilte mit, dass die CDU-Fraktion eine Berichterstattung ablehne. Im Gesundheitsamt sei bereits eine Fülle von Daten vorhanden, die anlässlich der verschiedensten Untersuchungen erhoben würden. Allerdings stehe seine Fraktion auf dem Standpunkt, das es nicht beim Sammeln allein bleiben solle. Die CDU Fraktion rege daher an, die Verwaltung möge berichten, welche Erkenntnisse aus dem bereits vorhandenen Datenmaterial gewonnen werden könnten.

Dieser Forderung schloss sich die SPD-Fraktion an. Abg. Eichner wies darauf hin, dass es noch den Arbeitskreis Kindergesundheit gebe, der von der kommunalen Gesundheitskonferenz gebildet worden sei und der ein geeignetes Forum zur Erörterung dieser Thematik darstelle.

Abg. Küpper bat die Verwaltung zu erläutern, wie aufwändig eine Berichterstattung eigentlich sei.

Hierzu führte Ltd. KVD Allroggen aus, dass zahlreiche Daten vorhanden seien, eine seriöse und valide Auswertung aber mit dem vorhandenen Personal nicht möglich wäre. Mit den vorhandenen Mitarbeitern könne man sich nur auf verschiedene Segmente konzentrieren.

Abg. Deussen-Dopstadt wies auf die Diskussion zum Thema „Sozialberichterstattung“ in einer früheren Sitzung des Ausschusses hin. Ein Bericht mache nur Sinn, wenn er konkret, kleinräumig und unter Beteiligung der Kommunen erstellt werde. Dies scheitere an den bestehenden Bedingungen.

Die Vorsitzende fasste zusammen, dass die Anregung zur Entwicklung und Vorlage eines Kindergesundheitsberichtes vom Ausschuss für soziale Angelegenheiten und soziale Beschäftigungsförderung abgelehnt werde.

Der Ausschuss regte an, die Verwaltung möge in einer der Sitzungen des Ausschusses in der nächsten Legislaturperiode berichten, welche Daten zur Kindergesundheit im Rhein-Sieg-Kreis erfasst würden und in welchem Umfang eine Auswertung sinnvoll und mit dem vorhandenen Personal möglich ist.

Der Ausschuss sprach folgende Beschlussempfehlung an den Kreisausschuss aus: